

SAMBIA

Republik Sambia

Staats- und Regierungschef: Edgar Chagwa Lungu

Die Behörden unterdrückten die Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Journalisten, Medienmitarbeiter und Anwälte wurden schikaniert. Die Polizei setzte Einschüchterungen ein, um COVID-19 Bewegungseinschränkungen durchzusetzen. Kindern wurde ihr Recht auf Informationen über reproduktive und sexuelle Gesundheit und Rechte verweigert.

HINTERGRUND

Die Staatsverschuldung erreichte über 228 Mrd. ZMK (11 Mrd. US\$) und es wurde erwartet, dass sie als Folge der COVID-19-Pandemie weiter ansteigt. Sambia ist mit seinen Schulden in Zahlungsverzug geraten, nachdem im November ein Kupon von 42,5 Mio. US\$ für eine seiner Eurobonds nicht gezahlt werden konnte. Im August wurde der Gesundheitsminister von Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit dem Missbrauch von öffentlichen Geldern, die für die COVID-19-Gesundheitsversorgung vorgesehen waren, freigesprochen. Die Spannungen zwischen der Regierungspartei Patriotic Front (PF) und der oppositionellen United Party for National Development (UPND) wurden im Vorfeld der Parlamentswahlen 2021 verschärft. Die Behörden unternahmen Schritte zur Änderung der Verfassung von 2016 mit der Einführung der Amendment Bill 10, die jedoch an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit von 111 Stimmen scheiterte. Sowohl zivilgesellschaftliche Organisationen als auch einzelne Bürger hatten die Änderungen mit der Begründung angefochten, dass sie den demokratischen Prozess untergraben würden.

MEINUNGSFREIHEIT

Die Polizei nutzte weiterhin das Gesetz über die öffentliche Ordnung und andere Bestimmungen sowie Drohungen und Einschüchterungen, um gegen die freie Meinungsäußerung vorzugehen. Im März verhafteten Polizeibeamte in der Zentralprovinz einen 15-jährigen Jungen und klagten ihn gemäß den Bestimmungen des Strafgesetzbuches wegen Verleumdung des Präsidenten an, nachdem er ihn angeblich in den sozialen Medien verspottet hatte. Chella Tukuta, ein Fotograf, wurde im Juni von der Polizei verhaftet, nachdem er öffentlich über offizielle Korruption gesprochen hatte. Er wurde wegen krimineller Verleumdung angeklagt, weil er angeblich abfällige Bemerkungen über den Informationsminister und andere Regierungsbeamte gemacht hatte, und über einen Zeitraum von 10 Tagen in verschiedenen Polizeistationen in der Hauptstadt Lusaka und in Ndola festgehalten. Die Menschenrechtsverteidiger Fumba Chama, Laura Miti und Bornwell Mwewa wurden in einem Prozess vor dem Livingstone Magistrates Court im September angeklagt. Fumba Chama wurde wegen ungesetzlicher Versammlung angeklagt, nachdem er ein Jugendforum über gute Regierungsführung veranstaltet hatte. Laura Miti und Bornwell Mwewa wurden im Zusammenhang mit der gleichen Veranstaltung wegen ordnungswidrigen Verhaltens und Angriffs auf einen Polizeibeamten angeklagt. Die drei waren im Dezember 2019 verhaftet und in der Livingstone Central Police Station festgehalten worden, bevor sie gegen Kautionsfreilassung und nach dem Public Order Act freigesprochen wurden. Journalisten Die Behörden behinderten weiterhin Journalisten bei ihrer Arbeit und gingen gegen die unabhängigen Medien vor. Jubilee Malambo, ein Journalist für Prime Television, wurde am 21. März in Samfya an seiner Arbeit gehindert, als PF-Kader drohten, seine Kamera zu zerbrechen, falls er Fotos von Menschen machen würde, deren Häuser durch starke Regenfälle zerstört worden waren. Am 9. April hob die Independent Broadcasting Authority (IBA) die Lizenz von Prime Television "im Interesse der öffentlichen Sicherheit, des Friedens, des Wohlergehens oder der guten Ordnung" auf. Am selben Tag stürmte die Polizei das Büro von Prime Television in Lusaka und zwang die Mitarbeiter aus dem

Gebäude. Der Vorfall ereignete sich, nachdem das Medienunternehmen Berichte über COVID-19 und Bill 10 veröffentlicht hatte. Die Behörden versuchten auch, die Online-Ausstrahlung einzuschränken. Nachdem die IBA öffentlich erklärt hatte, dass sie Online-Sendungen nicht reguliere, zwang sie Spring TV im Juli, eine Betriebslizenz einzuholen, bevor es im Internet senden durfte. Mitglieder der PF setzten Gewalt ein, um die Medien an der Ausstrahlung von Sendungen zu hindern, in denen Oppositionsführer auftraten. Im Mai feuerten sie Tränengas in die Sender Isoka Community Radio und Muchinga FM, um sie daran zu hindern, Interviews mit Hakainde Hichilema, dem UPND-Führer, zu senden.

ANWÄLTE

Anwälte waren weiterhin Einschüchterungen und gewaltsamen Übergriffen durch die Behörden ausgesetzt. Im März untersagte der amtierende Chief Registrar dem Verfassungsrechtler John Sangwa, vor Gericht aufzutreten, nachdem er den Gesetzesentwurf 10 kritisiert hatte, der unter anderem dem Präsidenten übermäßige Machtbefugnisse einräumen könnte, sowie die Nichtzulassung einer Petition gegen den Gesetzesentwurf 10 durch das Verfassungsgericht. Im Februar wurden Teilnehmer einer öffentlichen Versammlung der Law Association of Zambia zum Gesetzesentwurf 10, die im Intercontinental Hotel in Lusaka stattfand, von einem Mob, bei dem es sich vermutlich um PF-Kader handelte, körperlich angegriffen und ihrer Habseligkeiten beraubt.

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Die Behörden setzten Gesetze, Einschüchterung und Schikanen ein, um das Recht auf Versammlungsfreiheit zu unterdrücken. Im Juni sprach der Präsident Drohungen gegen Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen und alle anderen aus, die gegen Verstöße gegen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung protestieren wollten. Er forderte den Innenminister auf, sich mit diesen „Jungs zu befassen, die seiner Meinung nach Anarchie“ förderten. Am 30. September sagte der Generalinspekteur der Polizei, dass Mitglieder der Zivilgesellschaft und die traditionelle Führung "Anarchie anstiften" würden. In der Zwischenzeit setzte die Regierungspartei Kader ein, die sich aus ihren Anhängern zusammensetzten, um Gewalttaten und andere Einschüchterungstaktiken gegen UPND-Anhänger und andere auszuführen, um friedliche Versammlungen zu verhindern und zu stören, sie zu schlagen und ihr Eigentum zu zerstören. Im Juli griffen sie Trauernde bei der Beerdigung eines UPND-Anhängers auf dem Mutumbi-Friedhof in Lusaka an. Während die Täter solcher Angriffe im Allgemeinen Straffreiheit genossen, wurde ein Kader im August zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er 2019 den Justizminister auf dem Kabwata-Markt angegriffen hatte.

EXZESSIVER EINSATZ VON GEWALT

Die Polizei setzte Taktiken der Einschüchterung, Schikane und willkürlichen Inhaftierung ein, um die Bewegungseinschränkungen gemäß den COVID-19-Vorschriften durchzusetzen und in einigen Fällen friedliche Proteste zu verhindern. Im April verkündete ein Polizeisprecher im nationalen Fernsehen, dass die Polizei eine Strategie entwickelt habe, um jeden, der auf der Straße angetroffen wird, "auszupeitschen" und "festzunehmen". Im Dezember tötete die Polizei zwei Demonstranten, als sie das Feuer auf UPND-Aktivisten eröffnete, die sich im Zentrum von Lusaka zur Unterstützung von Hakainde Hichilema versammelt hatten, der ins Polizeipräsidium beordert worden war.

RECHT AUF GESUNDHEITSVERSORGUNG

Die Behörden versäumten es, einen angemessenen Schutz der öffentlichen Gesundheit vor einer COVID-19-Infektion zu gewährleisten. PSA war in Sambia verfügbar, erreichte aber nicht die Orte, an denen sie am dringendsten benötigt wurde. Einige Mitarbeiter des Gesundheitswesens in Hochrisikogebieten, die keine PSA erhielten, infizierten sich mit dem Virus. Im Mai wurde ein Labortechniker damit beauftragt, COVID-19-Proben für Tests mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu

transportieren. Nachdem der Bus, in dem er unterwegs war, verunglückte, behauptete der Gesundheitsminister, dass diese Transportart keine Gefahr für andere Fahrgäste darstelle und dass es sich um eine Methode handle, die normalerweise für den Transport von Proben verwendet werde. Straßenverkehrsunfälle sind die dritthäufigste Todesursache in Sambia und fordern jährlich etwa 2.000 Menschenleben, und das Unfallrisiko ist bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel höher.

SEXUELLE UND REPRODUKTIVE RECHTE

Im Oktober setzte die Nationalversammlung das Programm zur umfassenden Sexualerziehung (Comprehensive Sexuality Education, CSE) nach einer Überprüfung durch eine Arbeitsgruppe unter dem Minister für Nationale Führung und religiöse Angelegenheiten aus, mit der Begründung, es sei „anschaulich, unangemessen und beleidigend für kulturelle, religiöse und familiäre Werte“. Der CSE wurde 2013 in den Lehrplan für Grund- und Sekundarschüler aufgenommen. Die Afrikanische Charta über die Rechte und das Wohlergehen des Kindes Artikel 11 und 27 schützen junge Menschen vor Ausbeutung und sehen ihr Recht auf Bildung und Information vor. Die Aussetzung von CSE wäre ein Rückschritt für die Verwirklichung dieser Artikel.

DISKRIMINIERUNG - MENSCHEN MIT ALBINISMUS

Menschen mit Albinismus waren weiterhin gewalttätigen Angriffen ausgesetzt. Am 24. März 2020 wurde die zerstückelte Leiche von Emmanuel Phiri in einem Feld wenige Kilometer von seinem Haus in Chipata in der Ostprovinz gefunden. Seine Augen, seine Zunge und seine Arme waren entfernt worden, offenbar bei einer rituellen Tötung. Im April wurde die Leiche von Josephat Mutenda aus seinem Grab exhumiert und seine Körperteile von der Likolwa-Grabstätte in der Region Kankomba gestohlen.

ZWANGSRÄUMUNGEN

Am 30. April entschied der Oberste Gerichtshof von Sambia, dass die Zwangsräumung der ländlichen Gemeinden von Serenje von ihrem angestammten Land in der Zentralprovinz ihre Rechte auf Leben, Bewegungs- und Vereinigungsfreiheit, Würde und gleichen Schutz vor dem Gesetz verletzte und dass die Umwandlung ihres Wohnheitslandes illegal war. Die Gemeinschaften waren 2013 gewaltsam vertrieben worden, um Platz für kommerzielle Landwirtschaftsprojekte zu schaffen, seitdem lebten sie in behelfsmäßigen Zelten in einem Waldreservat. Die Serenje-Gemeinschaft wurde weder über die Beschlagnahmung ihres traditionellen Landes konsultiert noch für die Zerstörung ihres Eigentums und ihrer Vermögenswerte entschädigt.